



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 179. Ratssitzung vom 15. Dezember 2021

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2021/177 und 2021/456

4763. 2021/177

Weisung vom 21.04.2021:

Umwelt- und Gesundheitsschutz und Energiebeauftragte, Klimaschutzziel Netto-Null 2040, Teilrevision Gemeindeordnung, Bericht, Abschreibung einer Motion und dreier Postulate

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird wie folgt geändert:

Art. 10 GO Natürliche Lebensgrundlagen

Abs. 1 unverändert

Abs. 2 unverändert

³ Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit insbesondere für die Erreichung der folgenden Ziele ein:

lit. a unverändert

lit. b eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null;

lit. c–d unverändert

Abs. 4 unverändert

Art. 152 GO Reduktion der Treibhausgase

¹ Für die direkten Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet setzt sich die Stadt das Ziel netto null bis zum Jahr 2040.

² Für die indirekten Treibhausgasemissionen pro Einwohnerin und Einwohner strebt die Stadt bis ins Jahr 2040 eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber 1990 an.

2. Der Stadtrat setzt diese Änderungen nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Motion, GR Nr. 2019/106, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP vom 20. März 2019 betreffend Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030), wird als erledigt abgeschrieben.
2. Das Postulat, GR Nr. 2019/107, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP vom 20. März 2019 betreffend Bericht über die



Ziele und Massnahmen der Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft hinsichtlich dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses auf null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030, wird als erledigt abgeschrieben.

3. Das Postulat, GR Nr. 2019/135, der FDP-Fraktion vom 10. April 2019 betreffend Bericht über die geplanten, möglichen und notwendigen Massnahmen zur Zielerreichung bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft, Klimaneutralität bis 2030 und 2050, wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat, GR Nr. 2019/216, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP vom 22. Mai 2019 betreffend Bericht über das Konzept Energieversorgung 2050 der Stadt Zürich zur Konkretisierung einer fossilfreien Energieversorgung und zur Umsetzung des Effizienzscenarios, wird als erledigt abgeschrieben.
5. Die durch den Stadtrat festgelegten verschärften Klimaschutzziele für die Stadtverwaltung und die Zwischenziele werden zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2021/177 und 2021/456.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Martina Novak (GLP): *Das ist die wichtigste umweltpolitische, wenn nicht sogar die wichtigste Vorlage überhaupt, dieser Legislatur. Die Stadt Zürich hat als erste Schweizer Stadt bereits im Jahr 2008 mit der Volksabstimmung zur 2000-Watt-Gesellschaft ein quantitatives Klimaziel in der Gemeindeordnung verankert. Das verlangt eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin bis ins Jahr 2050. Die Stadtverwaltung hat in der Folge Massnahmen ergriffen, um die Treibhausgas-Emissionen zu senken. Zwischen den Jahren 1990 und 2020 sind die Emissionen auf dem Stadtgebiet um rund ein Viertel gesunken. Die Reduktion ist gross, reicht aber nicht, um das bisherige Klimaziel zu erreichen und auch nicht, um den Zielen des Pariser Klimaabkommens zu genügen. Im Jahr 2019 sind die gesellschaftlichen und politischen Forderungen, dem Klimawandel entschlossen und konsequent entgegenzuwirken, lauter geworden. Die Klimastreikenden haben Petitionen eingereicht und im Gemeinderat sind mehrere Vorstösse an den Stadtrat überwiesen worden, mit dem Auftrag das Klimaziel zu überprüfen oder anzupassen. Einer der Vorstösse ist die Motion GR Nr. 2019/106 der Fraktionen der SP, Grünen, GLP, AL und der Parlamentsgruppe EVP. Sie fordert, dass der CO₂-Ausstoss per Einwohnerin bis ins Jahr 2030 auf Netto-Null gesenkt wird. Der Stadtrat steht klar hinter den Zielen des Pariser Klimaabkommens und hat die politischen und gesellschaftlichen Forderungen angepackt. Anhand von Indikatoren hat er umfassende und fundierte Analysen für eine Zielerreichung von Netto-Null bis in die Jahre 2030, 2040 und 2050 gegenübergestellt. Dabei hat er feststellen können, dass Netto-Null bis im Jahr 2030 nicht umsetzbar ist. In einer Gesamtbetrachtung für die Umwelt, die Wirtschaft und die Gesellschaft, bietet gemäss diesen Berechnungen das Ziel Netto-Null bis im Jahr 2040 das beste Kostennutzenverhältnis. Damit kann einerseits dem Anspruch gerecht werden, alle verfügbaren Hebel in Richtung Klimaschutz in Bewegung zu setzen. Gleichzeitig können die Massnahmen in einem wirtschaftlich und gesellschaftlich*



vertretbaren Zeitraum und unter Einhaltung unserer direktdemokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit umgesetzt werden. Zusammengefasst ist Netto-Null im Jahr 2040 ein ambitioniertes, aber machbares Ziel. Der Stadtrat schlägt folglich das Jahr 2040 als Netto-Null-Ziel für Zürich vor. Das beinhaltet mehrere Komponenten und bezieht die direkten und indirekten Emissionen mit ein: Einerseits Emissionen, die auf Stadtgebiet anfallen und im direkten Einflussbereich der Stadt sind, wie zum Beispiel Emissionen aus der fossilen Wärmeversorgung. Andererseits auch Emissionen, die nicht im unmittelbaren Einflussbereich der Stadt sind, wie zum Beispiel jene, die im Zusammenhang mit der Herstellung unserer Konsumgüter im Ausland entstehen. Zudem sieht der Vorschlag des Stadtrats ein ambitionierteres Klimaziel für die Stadtverwaltung selbst vor: Die Stadt soll die direkten Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2040 so weit wie möglich reduzieren und die verbleibenden, unvermeidbaren Emissionen durch Negativemissionen auf Netto-Null ausgleichen. Unter Negativemissionen versteht man Prozesse, die dafür sorgen, dass CO₂ der Atmosphäre entzogen und dauerhaft gespeichert wird, zum Beispiel durch Abscheidung und Speichern im Untergrund. Weiter soll die Stadt für die indirekten Treibhausgasemissionen pro Einwohnerin bis ins Jahr 2040 eine Reduktion von 30 Prozent anstreben. Die Stadtverwaltung will ihre direkten Treibhausgasemissionen zudem schon bis ins Jahr 2035 so weit wie möglich reduzieren und die verbleibenden Emissionen durch negative Emissionen auf Netto-Null ausgleichen, und für ihre indirekten Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2035 eine Reduktion von 30 Prozent anstreben. Der Stadtrat möchte für die beschriebenen Klimaziele über die ganze Zeitspanne zwei Jahreszwischenziele festlegen und auf den Einsatz von Klimazertifikaten bei den Direktmissionen gänzlich verzichten. Um die Ziele zu erreichen, sind umfassende Massnahmen erforderlich, wobei insbesondere bei unserem Gebäudepark und dem Verkehr noch grosse Reduktionspotenziale bestehen. Zudem ist für die Zielerreichung mit rund 520 Millionen Franken pro Jahr an Klimainvestitionen zu rechnen. Das sind 90 Millionen Franken mehr, als wir fürs bisherige Klimaziel jährlich investieren. Es sind 70 Millionen Franken mehr, als wir jährlich für fossile Energieträger ausgeben, wovon ein wesentlicher Teil ins Ausland abfließt. Diese Investitionen sollen von der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und Privatpersonen gemeinsam getragen werden. Die Umsetzung des Netto-Null-Ziels hat das Potenzial vieler positiver Effekte für die städtische Wirtschaft, beispielsweise mehr Aufträge für die Bauwirtschaft, die Entstehung neuartiger Produkte und Dienstleistungen, oder langfristig die Einsparung von Energiekosten. Es wird aber auch Herausforderungen mit sich bringen. Umstellungen im Verkehrsbereich sowie in den Industrie- und Gewerbeprozessen tangieren vor allem das produzierende Gewerbe. Alles in allem ist mit positiven Effekten auf unsere Lebensqualität zu rechnen, wie zum Beispiel tiefere Gesundheitskosten durch bessere Luftqualität, bessere Wohnqualität, weniger Staukosten usw. Die Umsetzung von Netto-Null darf sich auch als Innovationstreiber erweisen. Das Potenzial der Zürcher Wirtschaft mit ihrem starken Finanzplatz und den innovativen KMU Start-ups soll für die Transformation genutzt werden. Ein besonderes Augenmerk im Zusammenhang mit einer sozialverträglichen Umsetzung von Netto-Null legt der Stadtrat auf den Bereich der Gebäudesanierungen und möglichen Effekten für die Mieterschaft. Dazu plant er flankierende Massnahmen, damit der Druck auf den Wohnungsmarkt nicht noch weiter steigt. Für die Erreichung des Netto-Null-Ziels ist der Stadtrat verantwortlich. Über seine Umweltdelegation stellt er sicher, dass Zielsetzungen in die Regularien, Strategien und Planungen der



Stadt einfließen und sie zielkonform sind. Die Umweltdelegation legt auch das Monitoring, Reporting und Controlling der Emissionsentwicklungen fest. Für die Umsetzung erforderliche Finanzmittel werden zu gegebener Zeit sachbezogen bei der gemäss städtischer Kompetenzordnung zuständigen Instanz beantragt. Unsere Kommission hat diese Weisung während sieben Monaten intensiv beraten. Die Verankerung eines Netto-Null-Ziels in der Gemeindeordnung bedarf einer Genehmigung durch die Stimmberechtigten. Wir beschliessen heute über den Vorschlag eines Netto-Null Klimaschutzziels zuhanden der Volksabstimmung. Zudem sollen die Motion GR Nr. 2019/106 sowie die Postulate GR Nr. 2019/107, GR Nr. 2019/135 und GR Nr. 2019/216, die mit dieser Weisung behandelt werden, abgeschrieben werden. Die Zielsetzung für die Stadtverwaltung und die Definition der Zwischenziele beschliesst der Stadtrat in eigener Kompetenz. Diese Weisung hat eine sehr grosse Tragweite und die Umsetzung von Netto-Null wird uns noch lange begleiten.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4764/2021–4769/2021)

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A1 und Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivpunkt B5:

Julia Hofstetter (Grüne): Der Antrag des Stadtrats lautete ursprünglich wie folgt: «Für die direkten Treibhausgasemissionen auf Stadtgebiet setzt sich die Stadt das Ziel Netto-Null bis zum Jahr 2040. Für die indirekten Treibhausgasemissionen strebt die Stadt bis ins Jahr 2040 eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 an.» Der Mehrheit war klar, dass mehr benötigt wird. Nach sorgfältigen Abklärungen, was machbar ist, hat sie den Antrag wie folgt ergänzt: «Die Stadt setzt sich das Ziel, sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich bis ins Jahr 2035 umzusetzen, ausgenommen ist der Bereich der Wärmeversorgung.» Das bedeutet, dass bis ins Jahr 2035 alle Klimaschutzmassnahmen der Stadt umgesetzt sind. Damit sind nicht nur die Massnahmen innerhalb der Stadtverwaltung gemeint, sondern alle notwendigen Klimaschutzmassnahmen des Stadtrats und der Stadtverwaltung für das gesamte Stadtgebiet. Der Stadtrat muss dafür sorgen, dass bis im Jahr 2035 die Infrastruktur, die Beratungsangebote und die Rahmenbedingungen bereitstehen und genutzt werden, die Netto-Null bis ins Jahr 2040 möglich machen. Eine Ausnahme ist die Wärmeversorgung, weil sich beim Bereich der Fernwärme das Ziel ins Jahr 2040 verschiebt. Für diese Verzögerung gibt es verschiedene Gründe, einer ist der Mangel an Fachkräften, die für das Verschweissen der Röhre notwendig sind. Das neue Klimaziel Netto-Null geschieht in drei Schritten: Ende November 2021 hat die Stadtbevölkerung dem Richtplan Verkehr zugestimmt, der Netto-Null im Jahr 2030 im Bereich der Mobilität bedeutet. Im zweiten Schritt setzt sich die Stadt das Ziel, sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich bis ins Jahr 2035 umzusetzen, ausgenommen die Wärmeversorgung. Im Jahr 2040 wird Netto-Null dann im dritten Schritt komplett. Schritt zwei und drei werden in der Gemeindeordnung festgelegt. Dass Zürich auch die indirekten Emissionen angeht und ein Reduktionsziel definiert, ist enorm wichtig und macht das Ziel besonders. Es ist eine grosse Herausforderung und benötigt ein hartnäckiges Verhandeln mit der Wirtschaft und den Privaten. Beim Dispositivpunkt B5 beantragt eine Mehrheit das Wort «verschärfte» zu streichen.



Mit der Änderung des Dispositivpunkts A1 haben sich die Ziele bereits verschärft. Deswegen sind die Ziele der Stadtverwaltung im Vergleich zu den anderen Zielen nicht mehr verschärft. Die Mehrheit empfiehlt die Annahme des Änderungsantrags.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivpunkt A1:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Im Namen der AL und im Auftrag der Klimaallianz begründe ich den Änderungsantrag, der mit der Zustimmung des Rats und der Bevölkerung zur Festlegung des neuen Artikels 152a in der Gemeindeordnung führen wird. Die Klimakrise stellt eine Realität dar, die nicht mehr wegdiskutiert werden kann. Das Zerstörungsausmass ist in ökologischer und menschlicher Hinsicht unermesslich. Daher hat die Klimaallianz alles Mögliche unternommen, um das Netto-Null-Ziel zu verschärfen. Für manche genügt dies nicht, sie hätten sich dieses Ziel im Jahr 2030 gewünscht. Die Klimaallianz hätte dies beantragen können. Der Punkt ist, dass isoliertes Aufschreiben von Jahreszahlen keinen politischen Mut erfordert. Papier ist geduldig und nimmt alles an. Bereits in der Fraktionserklärung habe ich darauf hingewiesen, wie passiv sowohl der Stadtrat als auch das Parlament mit dem bereits bestehenden Klimaziel in unserer Stadtverfassung umgegangen sind. Unabhängig davon, wie sinnvoll wir diese Richtung der 2000-Watt-Gesellschaft finden, gilt die Tatsache, dass ihre bisherige Realisierung nichts an der Jahreszahl, sondern an der Unzulänglichkeit der Massnahmen und an ihrem unwirksamen Controlling gescheitert ist. Wie sekundär diese isolierte Jahreszahlbeurteilung ist, wird uns die FDP-Fraktion in wenigen Minuten vor Augen führen. Denn nicht nur die Klimaallianz hat das Ziel 2030 ändern müssen. Die FDP hat jahrzehntelang verhindert, dass ökologische Themen zur Toppriorität wurden. Nun ist sie plötzlich mit dem Vorschlag, das Netto-Null-Ziel partiell zu verschärfen, einverstanden. Sie lässt sich aber nur unter der Bedingung, dass der Stadtrat selten kontrolliert wird und die Kontrolle zu keinen weiteren Massnahmen führt, auf das verschärfte Ziel ein. Das ist so, wie wenn Sie Monate vor Silvester feststellen, dass sie nicht mehr in die Festkleider des Vorjahrs passen und sich vornehmen, schnell abzunehmen. Die Zeit vergeht, sie verdrängen das Problem, nehmen weiter zu und beschliessen Anfang Dezember, dass sie nun wirklich etwas ändern wollen und kaufen sich ein Abo bei einem Fitnesscenter. Weil sie so verzweifelt sind, gehen sie zum teuersten Fitnesscenter, das Ihnen ihre Kollegin empfohlen hat. Leider bringt Ihnen das beste Fitnesscenter nichts, weil Sie keinen Abnahmeplan befolgen und kontrollieren, so dass Sie auf eine unbeabsichtigte Gewichtszunahme schnell reagieren könnten. Manche bezeichnen diese Logik als Planwirtschaft, beurteilen Sie selbst, wie realitätsfremd dieser Vorwurf ist. Am Ende des Tages haben uns diese Überlegungen überzeugt und das kollektive Versagen im Umgang mit dem aktuellen Klimaziel hat dazu geführt, einen Absenkpfad und explizite, effektive und effiziente Kontrollen für das Netto-Null zu bestimmen. Hinsichtlich des Absenkpfads hat sich die Klimaallianz an die Meinung von Expertinnen gehalten. Der mindestens lineare Pfad ist ein zentrales Element, um die totalen Emissionen zu begrenzen. Selbstverständlich kann der exponentiell aussehen, darunter geht es aber nicht. Die Zeiten der helvetischen Gemütlichkeit sind definitiv vorbei. Sowohl die Klimaallianz als auch die Kommission haben sich intensiv mit der Möglichkeit beschäftigt, die Pfaddefinition zu Gunsten der Einrichtung eines so genannten CO₂-Budgets aufzugeben. Dabei haben wir konstatiert, dass das CO₂-Budget ein erfolgsversprechendes Kontrollmittel wäre. Allerdings ist*



das Instrument weder technisch genügend ausgereift noch demokratisch genug legitimiert, dass es Platz in der Gemeindeordnung finden könnte. Darum ist diese Idee nicht weiterverfolgt worden. Hinsichtlich des Willens des Stadtrats, das festgelegte Ziel zu erreichen, haben wir uns auf eine jährliche Berichterstattung geeinigt. Er soll in diesem Zusammenhang rapportieren, wo die Verwaltung per se und wo die Stadt Zürich im Allgemeinen hinsichtlich des ökologischen Umbaus steht. Selbstverständlich rechnen wir damit, dass ihm nicht sofort alles gelingen wird. Eigene Fehler zu analysieren gehört aber zur gängigen Kultur jeder Exekutive, Sie kennen den Spruch: «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.» Das Parlament muss seine Oberaufsichtsfunktion besser wahrnehmen als in der Vergangenheit. Die Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems hängt davon ab. Neben der Kontrolle braucht es auch den politischen Willen, sich der neuen Situation anzupassen. Die Lethargie aus der Vergangenheit darf sich nicht wiederholen, sie ist nicht nur aus einer klimatischen Perspektive gefährlich. Insbesondere der AL ist es wichtig, dass der Stadtrat seiner jährlichen Analyse Taten folgen lässt. Im Fall, dass der Absinkpfad verpasst wird, sollen Massnahmen vorgeschlagen werden, wie die vordefinierten Parameter wieder erreicht werden. Davon ausgehend, dass er alles, was er in eigener Kompetenz verabschieden kann, beschlossen wird, kann der Stadtrat politische Interventionen, die das Volk oder den Gemeinderat betreffen, vorschlagen. Er kann auch schildern, wofür er die Unterstützung von Bund und Kanton brauchen würde oder falls ihm diese Hilfe verwehrt würde. Sollte er auf den ökologischen Stein des Weisen stossen, kann er darlegen, wie er das Absenkttempo beschleunigen oder das Klimaziel zeitlich vorrücken möchte. Wir sind zuversichtlich, dass die Stadt Zürich mit diesem Mechanismus ihre Dekarbonisierung rechtzeitig schaffen kann und bitten Sie, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A1, Änderungsanträge 1 und 2 zu Dispositivpunkt B5, Schlussabstimmung Dispositivpunkte A1–A2 und Schlussabstimmung zu Dispositivpunkt B5:

Walter Anken (SVP): *Die Mehrheit in der Kommission verlangt eine Verschärfung des Klimaziels. Die SVP erachtet das Netto-Null-Ziel des Stadtrats bis ins Jahr 2040 als völlig unrealistisch. Im Jahr 2035 ist eine massive Verschärfung, die jenseits der Realität liegt, vorgesehen. Man muss Ziele so setzen, dass sie halbwegs realistisch erreicht werden können, sonst verliert man definitiv an Glaubwürdigkeit. Die zusätzlichen Kosten für die Verschärfung lehnt die SVP dezidiert ab. Graue Energie, die zusätzlich vernichtet wird, indem man die ganzen Ziele vorzieht, entsprechende Infrastruktur vernichtet und neu aufbaut, lehnt die SVP ebenfalls ab, denn es läuft genau dem Netto-Null-Ziel entgegen. Das wollen wir nicht. Die Wärmeversorgung wurde ausgeklammert, weil bewusst ist, dass das Fernwärmenetz bis im Jahr 2035 nicht ausgebaut werden kann. Die Mehrheit möchte das Wort «verschärft» im Änderungsantrag streichen. Weil Klimaschutzziele aus Sicht der SVP völlig unrealistisch sind, sind wir natürlich nicht bereit die Klimaziele zur Kenntnis zu nehmen. Aus diesem Grund haben wir unseren Änderungsantrag 2 formuliert. Die SVP hat den Antrag gestellt, weil sie die Weisung als Ganzes konsequent ablehnt. Die massiven Kosten, die Bevormundung der Menschen, die massiven Eingriffe ins Leben, sowie die Gefahr von höheren Steuern und Schulden können wir nicht unter-*



stützen. Das ursprüngliche Klimaziel Netto-Null galt bis ins Jahr 2050. Eine später eingereichte Motion hat vom Stadtrat ein Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2030 verlangt. Dies wurde abgelehnt. Auch das Ziel bis ins Jahr 2040 ist aus Sicht der SVP nicht möglich. Hier streuen sich der linke Stadtrat und die linke Ratsseite selbst Sand in die Augen. Die Verschärfung des Dispoantrags 1 mit der Reduktion aller Treibhausgase bis ins Jahr 2035 ausser der Wärmeversorgung ist völlig unrealistisch. Der Zeitraum ist viel zu kurz. Die linke Ratsseite und der Stadtrat unterschätzen die Komplexität dieser Materie. Um die Treibhausgasemissionen im Jahr 2035 zu erreichen, müsste sehr viele graue Energie vernichtet werden. Den neuen Artikel 152a der Gemeindeordnung lehnt die Minderheit ebenfalls ab. Nicht ein Absenckplan ist entscheidend, sondern das Ziel, das erreicht werden möchte. Einen linearen Absenckpfad zu fordern für etwas, das sich in Realität nicht linear absenken lassen wird, ist absurd. Es ist heute schon klar, dass sich die Absenkung der Treibhausgase von Jahr zu Jahr völlig unterschiedlich verhalten wird. In den Anfangsjahren wird sie sicher tiefer sein, bis zum Beispiel all die Fördermittel, die der Stadtrat spricht, in der Bevölkerung bekannt sind und das Ganze aufgegleist ist. In den späteren Jahren wird es dann deutlich mehr werden, sofern diese Fördermittel beansprucht werden. Die Hauseigentümer werden ihre fossilen Heizungen nicht in diesem Umfang ersetzen, weil die Fördermittel zu tief sind. Weiter ist der Stadtrat gezwungen, Massnahmen zu ergreifen, wenn er den Absenckplan nicht einhalten kann. Massnahmen kann man aber nur ergreifen, wenn man den Sachverhalt beeinflussen kann, was hier nicht der Fall ist. Die Formulierung im Artikel 152 A ist dermassen offen, dass der Ausgangspunkt dieses Absenckpfads nicht einmal definiert ist. Wie möchte man Zwischenziele setzen, wenn der Ausgangspunkt nicht definiert ist? Im jährlichen Zwischenbericht soll der Stadtrat erläutern, wie er auf einen Absenckpfad zurückkommt, falls er die Massnahmen nicht einhält. Eine schwierige Aufgabe. Die Minderheit lehnt die bereinigten Dispoanträge A1 und A2 ab. Die SVP lehnt den Dispoantrag B5 ab, weil die Klimaschutzziele für die Stadtverwaltung und die Zwischenziele völlig unrealistisch sind und wir sie nur ablehnend zur Kenntnis nehmen können.

Kommissionsminderheit Änderungsanträge 2–3 zu Dispositivpunkt A1:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir sind etwas anderer Meinung als die selbsternannte Klimaallianz. Wir sehen die Bemühungen der Klimaallianz, den Stadtrat mit einem Absenckpfad in die Pflicht zu nehmen. Auch wir unterstützen dieses Vorhaben grundsätzlich, sind aber der Meinung, dass wir damit eine sehr bürokratische Kontrollanlage installiert haben. «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» kommt von Lenin. Wo dies hingeführt hat, wissen wir. Wir haben daher den Absatz 4 ins Spiel gebracht. Damit soll der Stadtrat über die ganze Zeitspanne jeweils Zweijahresziele festlegen und darüber Bericht erstatten. Mit diesem Artikel möchten wir dem Stadtrat die Möglichkeit geben, zeitnah auf Gegebenheiten zu reagieren und eine rollende Planung einzugehen. Ein Absenckpfad wird nie linear sein. Das hat mein Vorredner bereits ausgeführt. Bereits ein kalter Winter oder ein heisser Sommer kann den CO₂-Ausstoss massgeblich beeinflussen. Wir möchten daher, dass der Stadtrat den Absenckpfad in einer rollenden Planung begleitet. Ohne zentralistische Vorgaben für die nächsten zwölf Jahre. Leider hatte die selbsternannte Klimaallianz keine Zeit mehr, sich von bürokratischen Kontrollanlagen «à la Lenin» zu verabschieden. Unser Vorschlag ist unserer Meinung nach nicht seriös



geprüft worden, weil die Klimaallianz keine Zeit mehr hatte.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt B5, Schlussabstimmung zu den Dispositivpunkten A1–A2 / Kommissionsreferentin zu den Dispositivpunkten B1–B4:

Marion Schmid (SP): *Falls Sie bei den diversen Anträgen und Gegenanträgen etwas verwirrt wurden, versuche ich diese zusammenzufassen. Aus Sicht der Mehrheit ist es zentral, dass es sich bei den Anträgen um ein Gesamtpaket handelt. Einerseits die Verschärfung des Klimaziels, sprich der Druck für schnellere Massnahmen. Das heisst, dass alle Massnahmen im Einflussbereich der Stadt bis ins Jahr 2035 umgesetzt werden sollen. Davon ausgenommen ist die Wärmeversorgung. Das ist das, was Ihnen Julia Hofstetter (Grüne) vorgestellt hat und von allen Fraktionen ausser der SVP unterstützt wird. Entscheidend ist, welche Massnahmen wir umsetzen und wie schnell. An diesen Massnahmen soll sich der Stadtrat messen lassen. Das ist auch der Grund, weshalb wir sagten, wir machen eine Ausnahme im Bereich der Wärmeversorgung. Als Zugeständnis an den Stadtrat, könnte man sagen. Ja und Nein. Ja, weil der Stadtrat uns überzeugt hat, dass der Ausbau der Fernwärme bis dahin nicht möglich ist. Nein, weil wir dem Stadtrat nichts schenken wollen, sondern weil wir nichts in die GO wollten, von dem man später sagen kann, dass es schon von Anfang nicht möglich war. Der Punkt der Verschärfung ist nur im Zusammenspiel mit den Änderungsanträgen 2 und 3 etwas wert, die Ihnen Dr. David Garcia Nuñez (AL) erläutert hat. Nämlich mit der Vorgabe des linearen Absenkpfeils mit der entsprechenden Massnahmenplanung mit Zwischenzielen, mit einer jährlichen Berichterstattung und wenn man nicht auf Kurs ist, wird das nachgebessert. Es muss Konsequenzen haben, wenn das Ziel nicht erreicht wird. Ich möchte gerne auch Dr. Reto Knutti zitieren: «Entscheidend jedoch ist die Umsetzung. Es braucht einen Massnahmenkatalog. Dass man verbindliche Zwischenziele festlegt, wie mit dem Absenkanplan, ist extrem wichtig.» Dieser Meinung sind auch wir. Das Thema muss auf dem Schirm bleiben, wir müssen genau beobachten, damit der Stadt- und Gemeinderat gegebenenfalls rasch reagieren können. Das ist nervig, ich verstehe sogar, dass sich der Stadtrat an diesem Teil des Antrags fast mehr stört als an der eigentlichen Verschärfung, aber es ist nötig. Diesen Teil lehnt die FDP ab, sie findet das nicht nötig, sie nennen es in ihrer Medienmitteilung einen vollkommenen planwirtschaftlichen Ansatz. Ich dachte, dies sei ein Instrument des «New Public Management». Ich dachte, das müsste begrüsst werden, wo Sie uns Linke doch oft als Fantasten bezeichnen, die sich nicht darum kümmern, was die Wirklichkeit sei. Vermutlich zeigen sei damit eher, dass es Ihnen mit einer wirksamen Durchsetzung des Klimaschutzes nicht ernst ist und das Engagement dort aufhört, wo es etwas kostet. In diesem Sinn: Diese zwei Anträge gehören zusammen, denn sie sind wirklich nur zusammen etwas wert. Ich bitte Sie, beiden Anträgen zuzustimmen. Weiter beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission einstimmig, dass man den Dispositivpunkten B1 bis B4 zustimmt. Das ist die Abschreibung der vier erledigten Vorstösse: die Motion GR Nr. 2019/106 der Klimaallianz zur Festlegung einer stringenten Klimapolitik, das Postulat GR Nr. 2019/107 der Klimaallianz, die Berichte über die 2000-Watt-Gesellschaft, das Postulat GR Nr. 2019/135 der FDP-Fraktion zum Bericht über die Massnahmen zur Zielerreichung bezüglich der 2000-Watt-Gesell-*



schaft und das Postulat GR Nr. 2019/216 der Klimaallianz für ein Konzept der Energieversorgung und Konkretisierung der fossilfreien Energieversorgung. Mit diesem Antrag erreichen wir ein Klimaziel, das das Klimaziel des Stadtrats klar verschärft und Möglichkeiten schafft, dies durchzusetzen. Es ist nicht nur ein proklamiertes Ziel, sondern real umsetzbar. Wir möchten so rasch wie möglich klimaneutral werden und wir möchten uns an einer konsequenten Umsetzung orientieren. Wir gehen mit diesem Ziel an die Grenze des Machbaren, aber nicht darüber hinaus. Was machbar ist, soll umgesetzt werden. Es ist ein ehrgeiziger Anspruch, ein breiter Konsens. Es handelt sich um einen gemeinsamen einstimmigen Antrag. Wir schaffen eine breite Zustimmung im Gemeinderat und für die Volksabstimmung. Netto-Null ist ein Ziel für die ganze Stadt und nicht nur für die Stadtverwaltung. Wir brauchen das Engagement der Stadtbevölkerung, damit es wirklich zu einer Veränderung kommen kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Es ist mir ein Anliegen, mich früh in diese Debatte einzuschalten und Ihnen die Haltung des Stadtrats zu diesen Mehrheitsanträgen der Kommission zu überbringen. Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Stadtrat ist sich dieser Dringlichkeit absolut bewusst. Wir alle wissen: Die Klimaerwärmung schreitet laufend weiter, die globale Erwärmung liegt aktuell bei einem Grad gegenüber den vorindustriellen Werten. In der Schweiz haben wir bereits ein Plus von zwei Grad. Uns allen ist bekannt, dass wir seit über zehn Jahren Klimaschutzziele in der Gemeindeordnung verankert haben. Bis ins Jahr 2050 sollen die Treibhausgase pro Person auf eine Tonne jährlich beschränkt werden. Um das Ziel zu erreichen, sind in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen ergriffen worden. Es ist uns gelungen, die direkten Treibhausgasemissionen zwischen den Jahren 1990 und 2020 um einen Viertel zu senken. Das ist deutlich mehr als der Schweizer Durchschnitt von 14 Prozent. Es ist dem Stadtrat auch bewusst, dass die Absenkung zu langsam erfolgt, wenn wir die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen wollen. Wir haben entsprechende Szenarien erarbeitet, entwickelt und daraus das Klimaziel für die Stadt Zürich abgeleitet. Dem Stadtrat war es wichtig, dass wir ein ambitioniertes Klimaziel in der Gemeindeordnung verankert haben, aber auch eines, das realistisch umsetzbar ist. Der Stadtrat schlägt Ihnen und der Zürcher Bevölkerung deswegen die Klimaschutzziele Netto-Null bis ins Jahr 2040 vor und das mit konkreten Zielen für die direkten Emissionen auf dem Stadtgebiet, aber auch für die negativen Emissionen, sogenanntes CO₂-senken, und auch für die indirekten Emissionen, die ausserhalb des Stadtgebiets anfallen. Bei den direkten Emissionen ist klar, dass wir im Stadtrat wollen, dass die Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet bis ins Jahr 2040 auf null gesenkt werden. Wir wollen dies so weit wie möglich reduzieren. Die grössten Hebel liegen vor allem bei der Wärmeversorgung und der Mobilität. Bei der Wärmeversorgung wurde bereits Vieles in die Wege geleitet, das heisst bis ins Jahr 2040 werden über 60 Prozent der Stadtfläche mit Fernwärme versorgt sein. Die Beratungsleistungen sind bereits massiv verstärkt worden und nicht zuletzt hilft uns in diesem Bereich das revidierte kantonale Gesetz, das glücklicherweise von der Bevölkerung verabschiedet wurde. Die unvermeidbaren, verbleibenden*



Emissionen sollen dann durch negative Emissionen ausgeglichen werden. Das Potenzial der negativen Emissionen ist noch nicht allzu gross. Wir wollen, dass es bis ins Jahr 2040 voll ausgeschöpft und mit den verbleibenden Emissionen abgeschöpft werden kann. Zusätzlich schlagen wir neu vor, auch ein Ziel bei den indirekten Emissionen zu definieren und in der Gemeindeordnung zu verankern. Indirekte Emissionen sind die Emissionen, die durch Stadtzürcher Aktivitäten ausgelöst werden, aber ausserhalb des Stadtgebiets anfallen. Für diese Emissionen gibt es eine zweigeteilte Verantwortung: einerseits können wir als Akteure beim Kauf von Baumaterialien und Konsumgütern beitragen und Einfluss ausüben; auf der anderen Seite sind gemäss dem Pariser Klimaschutzabkommen alle Regionen mitverantwortlich, bei der Ausgestaltung der lokalen Produktion und der Dienstleistungsprozesse klimafreundlich zu handeln. Mit dem Ziel der indirekten Emissionen sind wir eine der wenigen Pionierstädte weltweit, die dies explizit ansprechen. Wir sind stark abhängig von der Entwicklung im Ausland und deswegen haben wir die Zielsetzung realistisch, aber ambitioniert gesetzt und gesagt, dass wir bis ins Jahr 2040 die indirekten Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 30 Prozent senken wollen. Dies entspricht einer Reduktion von 35 Prozent. Der Stadtrat nimmt mit diesem Zielpaket Netto-Null bis ins Jahr 2040 die gesellschaftliche und politische Forderung auf, dem Klimawandel entgegenzuwirken und entschlossen und konsequent zu handeln. Wir haben auch abgeklärt, was es heisst, wenn wir Netto-Null bis ins Jahr 2030 umsetzen müssten. Ist dies realistisch? Was würde es auslösen? Wir sind zum Schluss gekommen, dass das Ziel bis ins Jahr 2030 leider zu kurz ist. Die notwendige Transformation wäre ökologischer, aber ökonomisch und sozial nicht sinnvoll. Wir können dies nicht realisieren. Wir haben verschiedene Risiken: Das Risiko der Restwertvernichtung kennen Sie alle, indem Geräte und verschiedene Infrastrukturelemente zu früh ersetzt werden müssten. Dadurch werden Treibhausgase womöglich insgesamt erhöht. Es gibt weitere Problematiken der Gesetzgebungsprozesse, indem die direktdemokratischen Systeme leider oft zu langsam sind. Die Stadt hätte zum Beispiel keine Grundlage, ein Durchfahrtsverbot von Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren verbindlich einzufordern. Hilfreich war selbstverständlich der positive Volksentscheid zum kantonalen Energiegesetz. Wichtig für die Finanzierung und Umsetzung der Transformation der Wärmeversorgung mit dem grossen Ausbau, aber auch vom Verkehr, ist ein planmässiges und koordiniertes Vorgehen. Dies ist innerhalb der nächsten Jahre nicht möglich. Das Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040 erachtet der Stadtrat deswegen als optimalen Kompromiss zwischen der Dringlichkeit des Anliegens auf der einen, aber auch der Realisierbarkeit der Umsetzung in geordneten Strukturen auf der anderen Seite. Uns war es von Anfang an wichtig, dass man in der Stadtverwaltung noch «schärfere» Ziele setzt, denn das ist der Bereich, in dem wir den grössten Einfluss haben und rasch handeln können. So wie wir die Ziele gesetzt haben, sind sie vom Stadtrat verabschiedet worden und befinden sich bereits in der ersten Umsetzung. Mit dem Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040 wird die Stadt einen wichtigen, überdurchschnittlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und wir werden auch eine Vorbildrolle übernehmen. Es gibt verschiedene Modellrechnungen, die aufzeigen, dass die Einsparungen an Energiekosten bis ins Jahr 2040 die Mehrinvestitionen, die es für den Ausbau der Infrastruktur und die energetische Sanierung der Liegenschaften braucht, bereits wieder zu einem Grossteil kompensieren. Aber die Investitionen in Klimaschutzmassnahmen lösen weitere positive Effekte auf lokaler Ebene



aus: Einkommenseffekte für das lokale Bau- und Installationsgewerbe und gesundheitliche positive Effekte mit einer verbesserten Luftqualität bei verringerter Lärmbelastung. Die gesteigerte Wohnqualität ist nicht zu unterschätzen. Dem Stadtrat ist es auch wichtig, dass in die Wege geleitete Klimaschutzmassnahmen, wenn immer möglich, sozial verträglich sein sollen. So haben wir bei den zwei aktuellen, sich im politischen Prozess befindlichen Förderprogrammen klare Rahmenbedingungen bezüglich der Sozialverträglichkeit gesetzt. Der Stadtrat schlägt Ihnen mit Überzeugung das ambitionierte und machbare Klimaschutzziel Netto-Null bis ins Jahr 2040 vor. Die Klimaschutzmassnahmen müssen gemeinsam mit der Gesellschaft und Wirtschaft beschleunigt werden und entsprechend muss das Potenzial genutzt werden. Ich möchte zu den Mehrheitsanträgen kommen. Der Stadtrat nimmt die Forderungen der voraussichtlichen Mehrheit im Gemeinderat nach einer schnelleren Umsetzung der Massnahmen, die im eigenen Einflussbereich sind, zur Kenntnis und kann sich diesen Forderungen anschliessen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die Beschleunigung in der Umsetzung mit einer Erhöhung der jährlichen Kosten verbunden ist und einen höheren Personaleinsatz erfordern wird. Die geforderte jährliche Berichterstattung erachten wir im Stadtrat allerdings als nicht sachgerecht, da die Massnahmen und Umsetzungen der Absenktziele eine wesentlich längere zeitliche Dynamik haben. Wir würden eine Berichterstattung alle vier Jahre als zweckdienlich erachten. Trotzdem haben wir im Stadtrat entschieden, dass wir – sofern die Mehrheitsanträge in dieser Form vom Gemeinderat verabschiedet werden – diese Vorlage unterstützen und dies entsprechend der Bevölkerung kommunizieren werden. Der Klimaschutz geht uns alle an. Klare Ziele sind wichtig und notwendig. Mit dem Netto-Null-Ziel 2040 entscheiden Sie sich für ein ambitioniertes, aber machbares Ziel. Wir werden von Seiten Stadt unseren Beitrag bis ins Jahr 2035 noch stärker leisten. Noch wichtiger als diese Ziele, die in der Gemeindeordnung stehen, sind die Massnahmen, die folgen müssen und es auch werden.

Martina Novak (GLP) begründet den Beschlussantrag GR Nr. 2021/456 (vergleiche Beschluss-Nr. 4646/2021): Während wir die Stadt und die Verwaltung einen weiteren Schritt in Richtung Klimaneutralität schicken, ist dies für uns als Parlament noch nicht der Fall. Im Vergleich zur Stadt und der Verwaltung mag der Beitrag von unserem Parlament zu Netto-Null eher klein sein – im Sinne von «walk the talk» findet die GLP aber, dass hier mitgezogen werden muss. Wir beantragen Ihnen heute gemeinsam zu beschliessen, den Parlamentsbetrieb mit der nächsten Legislatur aufs Netto-Null-Ziel auszurichten. Der Betrieb soll spätestens im Jahr 2035 zu 100 Prozent CO₂-neutral funktionieren. Damit zeigen wir, dass wir Mitverantwortung übernehmen und könnten auch als Vorbild für andere Parlamente dienen.

Walter Anken (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Beschlussantrag GR Nr. 2021/456 und begründet diesen: Der Beschlussantrag möchte, dass der gesamte Parlamentsbetrieb des Gemeinderats während der Legislatur 2026–2030 auf Netto-Null Treibhausgase ausgerichtet wird, um Erfahrungen zu sammeln. Spätestens im Jahr 2035 soll der Parlamentsbetrieb zu 100 Prozent CO₂-neutral sein. Ich frage die GLP: Glaubt sie ernsthaft, dass es dreizehn bzw. neun Jahre braucht, um Erfahrungen zu sammeln, wie ein Parlamentsbetrieb CO₂-neutral gemacht werden kann? Das kann



ich mir nicht vorstellen. Bereits in der Legislatur 2022–2026 sollen das genaue Vorgehen und die Vorgaben und die Veränderungen eruiert und beraten werden. Aus Sicht der SVP kommt in diesem Beschlussantrag zum Ausdruck, wie absolut unrealistisch Netto-Null bis ins Jahr 2040 ist. Wenn die Vorlaufzeit so lange dauert, wie soll das die ganze Stadt bis ins Jahr 2040 schaffen? In der Begründung des Beschlussantrags steht, dass Netto-Null bis ins Jahr 2030 nur mit dem Kauf von internationalen Zertifikaten möglich wäre. Das Netto-Null bis ins Jahr 2040 sehr ambitioniert ist, stimmt. Der massive Druck auf Netto-Null hat zum Ziel, dass die Menschen in Angst und Schrecken versetzt werden sollen. So gewinnt man Volksabstimmungen und Wahlen. Der einzige positive Aspekt ist der, dass die linke Mehrheit im Parlament am eigenen Körper erfahren muss, was dies für die Bevölkerung bedeutet. Der einzige Unterschied ist, dass das Parlament für die Umsetzung in die Steuerschatulle greifen kann, während die Privaten dies selbst bezahlen müssen. Im letzten Abschnitt wird gefordert, dass die Gemeinderatsmitglieder ihre Tätigkeit für die Erfüllung ihres Amtes offenlegen müssen. Das würde dann bedeuten, dass ich sagen müsste, ob ich mit dem Auto, mit dem ÖV oder zu Fuss in die Fraktions-, Kommissions- und Gemeinderatsitzungen komme. Der Weg ist nicht mehr weit, bis ich preisgeben muss, was ich vor der Sitzung zu Mittag gegessen habe. Mehrere Berichte werden verlangt, um die Zwischenschritte bzw. die Fortschritte zu dokumentieren. Aus unserer Sicht ist dies völlig unnötig und eine kostentreibende Bürokratie.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Rabelbauer (EVP): *Die EVP ist auch Teil der Klimaallianz. Wir freuen uns, dass es bis zur FDP gereicht hat und wir eine grosse, breite Mehrheit haben, die sagt, dass wir ein Problem haben und die negativen Folgen des Klimawandels stoppen müssen. Wir haben keine Zeit uns in ideologische Grabenkämpfe zu verstricken und wertvolle Zeit zu verlieren. Wir hoffen, dass wir mit den konkreten Massnahmen auch die SVP dazu bringen können, teilweise zuzustimmen. Es geht darum, Arbeitsplätze zu schaffen: Neue Technologien, Innovation, Kreativität. Es gibt viele positive Möglichkeiten, bei denen eine Entwicklung angeschoben und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sind der Meinung, dass Netto-Null bis ins Jahr 2040 und die Ziele des Stadtrats bis ins Jahr 2035 nicht ganz unrealistisch sind. Sie sind machbar. Wiederum müssen sie ökonomisch, aber auch sozial verträglich sein. Dort werden wir bestimmt mit der SP und der AL im gleichen Boot sitzen. Es ist nicht ganz einfach, wenn jemand, der auf ein Auto angewiesen ist, dies auf einmal ersetzen muss. Das sind 20 000 bis 40 000 Franken, das eine Person mit mittlerem oder kleinem Einkommen nicht in der Kaffeekasse zur Verfügung hat. Energetische Sanierungen haben zur Folge, dass die Mieten erhöht werden. Das ist für Mieterinnen und Mieter schwierig, da alle für bezahlbare Wohnungen kämpfen. Dort müssen wir pragmatische Lösungen finden, zwischen dem Erreichen der Klimaziele und massvoll sein. Ich erhoffe mir auch, dass es zum Beispiel bei den ÖV-Tarifen zu Flexibilisierungen kommt. Ich denke hier an den 9-Uhr-Pass. Es gibt Zeiten, während denen wenige Menschen in den Trams oder Bussen fahren, diese Zeiten könnte man günstiger machen. Den ÖV grundsätzlich günstiger zu machen, wäre wünschenswert. Dies sind Überlegungen, die miteinbezogen werden müssen.*



Walter Anken (SVP): Die SVP stellt den Klimawandel nicht infrage. Dies möchte ich hier klar sagen. Dass rund 8 Milliarden Menschen auf diesem Planeten das Klima durch ihre Aktivitäten – namentlich das Verbrennen von fossilen Brennstoffen – beeinflussen, ist offensichtlich und nachgewiesen. Ich erlebe es nun zum zweiten Mal in diesem Gemeinderat, dass jemand vorne etwas von der Klimajugend vorliest und uns droht. Das finde ich eine absolute Frechheit, das ärgert mich bodenlos. Junge Leute, die in der besten Zeit leben, mit einem «Handy» im Hosensack, die auf der Welt herumreisen und hier hinstehen und drohen, wenn das, was sie wollen nicht umgesetzt werde, werde es Konsequenzen haben. Unter dem Trojaner-Begriff Netto-Null wird den Zürcherinnen und Zürchern suggeriert, dass sie ab dem Jahr 2040 kein CO₂ mehr ausstossen würden. Natürlich stimmt dies nicht. Netto-Null bezieht sich nur auf die direkten Emissionen. Alle meine Vorrednerinnen und Vorredner haben vermieden zu sagen, dass die direkten Emissionen nur 25 Prozent der gesamten Emissionen ausmachen. Deswegen reite ich darauf herum. Die indirekten Emissionen sind drei Mal umfangreicher, nämlich 75 Prozent. Bei den indirekten Emissionen möchte man nur 30 Prozent reduzieren. Das zeigt, wie komplex die ganze Materie offensichtlich ist, in einer vernetzten Welt mit dieser Wirtschaft. Einfluss im Ausland zu nehmen, um CO₂ zu reduzieren, ist sehr schwer. Netto-Null ist nicht gleich Netto-Null. Die Grundlage der Weisung ist eine Bevormundung und massive Einschränkung der Menschen. Um Netto-Null zu erreichen, muss der Wärmebedarf trotz Bevölkerungswachstum um 20 Prozent abnehmen. Der beheizte Raumbedarf pro Person und Wohnraum muss deutlich reduziert werden. Höchste energetische Anforderungen werden künftig konsequent durchgesetzt mit Folgen für Mieten und Leerkündigungen in den Gebäuden. Ich hoffe, die Klimajugend hört zu: Bis ins Jahr 2040 müssen sage und schreibe 7000 Ölheizungen und 15 000 Gasheizungen in der Stadt Zürich ersetzt werden. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) muss massiv reduziert werden und wird elektrifiziert. Der Öffentliche Verkehr (ÖV) soll um 40 Prozent wachsen, ebenso der Fuss- und Veloverkehr. «Mobility Pricing» ist ein Thema. Die ganze Wertschöpfungskette soll auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Der Stadtrat wird direkten Einfluss auf unsere Ernährung, auf die Mobilität, auf Flugreisen und aufs Wohnen nehmen. Sogar im Ausland soll vorgeschrieben werden, wie Produkte hergestellt werden, die nach Zürich importiert werden. Allein diese Vorstellung hat mit der Realität nicht mehr viel zu tun. Es stellt sich die Frage, wie wir das CO₂-Problem lösen können. Die SVP sieht die Lösung in der Innovation. Der technische Fortschritt hilft uns Menschen seit Jahrtausenden. Im Gebäudebereich konnten wir seit dem Jahr 1990 40 Prozent CO₂ reduzieren. Dies bei einem Bevölkerungswachstum von 27 Prozent. Wenn wir auf diesem Weg weiterschreiten, werden wir im Jahr 2050 auch ohne die riesigen Massnahmen, die vorgeschlagen werden, klimaneutral im Gebäudebereich sein. Dieses Beispiel zeigt deutlich auf, wie verantwortungsvoll Hauseigentümer sind. Ich sagte Ihnen, dass in Deutschland bereits Windenergie genutzt wird, um Wasserstoff herzustellen. Fahrzeuge werden damit betrieben, Flugzeuge werden in Zukunft mit E-Treibstoffen so versorgt werden, dass wir auch dort auf dem Weg zu null CO₂ sind. Es gibt keinen Grund, den Leuten Angst zu machen und sie in eine Ecke zu drängen. In den nächsten 20 Jahren werden wir 12 Milliarden Franken investieren, oder jährlich 570 Millionen Franken. Der Stadtrat sagte vorhin, dass die 570 Millionen Franken nicht reichen werden. Bei der Medienmitteilung vom 7. Oktober 2021 ging es um Schneedrücke und massive



Baumunfälle, wofür sich die Kosten auf 9,5 Millionen Franken beliefen. Zu viele Wetterereignisse des letzten Jahres waren sehr speziell. Wo liegt die Verhältnismässigkeit, wenn wir jährlich 570 Millionen Franken investieren?

Nicolas Cavalli (GLP): *Es wurde von Schwarzmalerei gesprochen. Das wegen den Heizungen ist so, aber aufgrund des kantonalen Energiegesetzes, das glücklicherweise angenommen wurde. Stellen Sie sich vor, dass Sie ein Vorstellungsgespräch führen und jemanden anstellen möchten, zum Beispiel die Stadt Zürich. Sie diskutieren über eine Zielvereinbarung, im vorliegenden Fall ist dies die Vereinbarung zum Klimaschutz. Das Ziel heisst Netto-Null. Nun geht es um die Frage, mit welchem Tempo dies geschehen soll und was passiert, wenn diese Zwischenschritte nicht eingehalten werden. Dies ist der Kern dieser Weisung.*

Michael Schmid (FDP): *Ich möchte den Rat auffordern, die Debatte nicht auf der Basis von Falschbehauptungen zu führen, sondern auf der Basis der konkret gestellten Anträge und der Basis der vom Stadtrat resultierten Vorlage. Es wurde in verschiedenen Voten gesagt, dass der Unterschied zwischen den Mehrheitsanträgen sei, dass Sie reale Zwischenziele setzen und dass sie die Überprüfung dieser Ziele einfordern und die FDP wolle das nicht. Die FDP hat einen Antrag gestellt, der Stadtrat solle während der ganzen Zeitspanne jeweils Zweijahreszwischenziele festlegen und über die Zielerreichung Bericht erstatten. Das haben wir zugegebenermassen nicht erfunden, sondern es ist in der stadträtlichen Weisung auf Seite 8 zu finden. Dort ist festgehalten, dass der Stadtrat diese Absicht hat. Dieses Bekenntnis wollen wir in die Gemeindeordnung schreiben und damit haben wir Gewähr, dass messbare Zwischenziele bestehen und diese Zielerreichung überprüft werden kann. Was mit dem linearen Absenkpfad getan wird, ist das Gegenteil von realistischen und erreichbaren Zielen. Wenn das Absenkt tempo etwas mit absoluter Sicherheit nicht sein wird, ist dies linear. Die ganze stadträtliche Vorlage machen Sie zum Muster ohne Wert. Insofern ist es etwas erstaunlich, dass der Stadtrat dazu Hand bietet, denn es ist etwas völlig anderes, als präsentiert wurde.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Die FDP hat schon im Februar 2021 gesagt, dass ein Ziel bis ins Jahr 2040 sinnvoll ist – wir waren von Anfang an auf der Zielgerade Netto-Null bis ins Jahr 2040! Wir haben zufrieden gesehen, dass die stadträtliche Auslegeordnung aufzeigt, dass dies ein realistisches, wenn auch ehrgeiziges Ziel ist und einen vernünftigen Absenkpfad beinhaltet. Dass auch die selbsternannte Klimaallianz auf Netto-Null bis ins Jahr 2040 umgeschwenkt ist, freut uns natürlich sehr. Scheinbar muss und will sich nun auch die Klimaallianz der Realität stellen. Dass die Stadtverwaltung bis ins Jahr 2035 auf Netto-Null wechseln soll, haben wir mit Skepsis verfolgt. Nachdem die Wärmeversorgung explizit ausgeschlossen wurde, konnten wir diesem Vorhaben ebenfalls zustimmen. Wir sind allerdings mit den seit Ende November 2021 im Raum stehenden neuen Punkten unter dem Artikel 152a nicht mit der Klimaallianz einverstanden: den realitätsfremden mindestens linearen Absenkpfad und eine regelmässige, jährliche Überprüfung. Wir sind der Meinung, dass die jährliche Überprüfung übertrieben ist und dies zu einem administrativen Loch wird. Die GLP hat in ihrem Votum deklariert, dass dies die wichtigste Weisung der ganzen Legislatur sei.*



Es ist erstaunlich, dass der Stadtrat zur Hälfte mit Abwesenheit glänzt. Der Prozess und das Tempo, die am Schluss der Behandlung dieser Weisung angeschlagen wurden, widerspricht dem eigentlich. Weshalb hat es so lange gedauert, bis die Klimaallianz Ende November 2021 den Text für die neuen Artikel bekannt gegeben hat? Innerhalb von nur zwei Wochen und während der Budgetplanung wurde Druck auf die Minderheiten ausgeübt. Wenn dies eine so wichtige Weisung ist, dann ist der verantwortungsbewusste Umgang mit der Macht scheinheilig. Scheinbar muss die links-grüne Mehrheit noch lernen, wie man mit Macht umgeht. Vor allem vor dem Hintergrund, dass diese Weisung problemlos und ohne Verzögerung für die Volksabstimmung auch erst im Januar 2022 hätte abgeschlossen werden können. Die FDP stellt sich nach wie vor klar hinter das Ziel Netto-Null bis ins Jahr 2040. Sie wird sich dafür einsetzen, dass der Artikel 152a in den nächsten Wochen revidiert wird und zumindest zweigeteilt in die Abstimmung kommt. Dazu haben wir heute eine Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht. Deswegen haben wir entschieden, dass wir der Weisung bei der Schlussabstimmung – trotz dem jährlichen Bericht – zustimmen werden, auch wenn damit eine Planwirtschaft angestossen wird. Wir sind der Meinung, dass das übergeordnete Ziel Netto-Null bis ins Jahr 2040 wichtiger als Bürokratie ist. Dem Beschlussantrag der GLP werden wir nicht folgen. Der Gemeinderat ist nicht isoliert zu betrachten und man kann schwer sagen, wie viel CO₂ der Gemeinderat verursacht. Wahrscheinlich müssen wir schlussendlich Zertifikate kaufen, um diesem Ziel gerecht zu werden. Wir sind der Meinung, dass dies unnützlich und untauglich ist.

Martina Novak (GLP): *Die Idee hinter dem mindestens linearen Absenkpfad ist folgende: Grundsätzlich wollen wir die Emissionsreduktionen nicht in einem Sturzflug umsetzen müssen. Es geht darum, dass man nicht zuwartet und am Ende der Periode eine steile Notlandung machen muss. Es geht darum, dass man den Weg zum Ziel Netto-Null absteckt und Schritt für Schritt geht, damit die Absenkung kontinuierlich erfolgt. Ich weiss nicht, welche Studien Michael Schmid (FDP) gelesen hat. Die Studie, die ich im Zusammenhang mit dieser Weisung gelesen habe, zeigt die Absenkpfade in verschiedenen Bereichen mindestens linear auf. Es ist kein Konzept, das wir uns aus den Fingern gesogen haben: Das aktuelle CO₂-Gesetz, das noch immer in Kraft ist, fusst auf einem linearen Absenkpfad. Das ist ein Konzept, oder ein Instrument, das auch auf nationaler Ebene existiert und nicht realitätsfremd ist: Der Bundesrat hat in seinem Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative den mindestens linearen Absenkpfad ebenfalls aufgenommen. Der andere Punkt ist die Kostenfrage. Es stimmt, die Transformation wird uns kosten. Aber es handelt sich auch um eine Investition und verschiedene Studien und Erfahrungen zeigen, dass höhere Kosten anfallen, wenn wir uns nicht rechtzeitig auf den Weg machen. Das muss man als Investition in die Zukunft betrachten. Dass es sich bei den direkten Emissionen nur um einen Viertel der Gesamtemissionen handle und grundsätzlich vernachlässigbar sei, kann ich nicht nachvollziehen. Auch direkte Emissionen sind Emissionen. Wie Dr. Reto Knutti sagt: Es ist, wie wenn wir sagen, dass wir ab heute keine Steuern mehr zahlen, weil der Rest sie bezahlt und mein persönlicher Betrag vernachlässigbar ist und es auf keinen Fall darauf ankommt. Ganz im Gegenteil: Jedes kleine Puzzlestück trägt dazu bei.*



Marion Schmid (SP): Ich möchte mich auf Walter Anken (SVP) beziehen, der viele wichtige und richtige Sachen gesagt hat. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, weshalb er dies nicht in die Umsetzung bringen möchte. Er hat von den indirekten Emissionen, die drei Viertel unserer Gesamtemissionen ausmachen, gesprochen. Die 30 Prozent indirekten Emissionen, die wir reduzieren möchten, entsprechen drei Tonnen. Das ist gleich viel wie die direkten Emissionen, da hat er recht. Wir sprechen bei Netto-Null primär von direkten Emissionen, wir sprechen auch bei den Kosten primär von Direktemissionen. Wir haben den Stadtrat in der Kommission gefragt, wie viel der beantragten Kosten für die Reduktion der indirekten Kosten vorgesehen ist. Eigentlich ist es nichts. Man hat nämlich noch keinen wirklichen Plan, wie man dies angehen möchte. Aus unserer Sicht ist das nicht ausreichend, wir müssen klarere Massnahmen definieren. Heute haben wir eine Motion eingereicht, um ein Förderprogramm aufzugleisen. Aus meiner Perspektive ist es nämlich unglaublich schwierig, sich klimafreundlich in der Stadt zu verhalten. Es gibt banale Beispiele: Ich habe einen alten Mixer zuhause und mir ist ein Stäbchen am Pürrierstab abgebrochen. Ich kann den Mixer weder reparieren noch ein Ersatzteil beschaffen und muss einen neuen kaufen. Das kann nicht sein. Wir müssen mehr Möglichkeiten schaffen, um es den Leuten einfach zu machen, ihre indirekten Emissionen zu reduzieren. Die FDP hat wiederum recht: dies ist eine unglaubliche Chance für die lokale Wirtschaft und das lokale Gewerbe. Wir sind ein Forschungs- und Wissensstandort. Mit einem solchen Förderprogramm kann man auch Wirtschaftsförderung betreiben. Wir haben die Möglichkeit, Unternehmen und Organisationen mit einer grossen Vielfalt an zukunftssträchtigen Branchen anzusiedeln. Für alle, die vom «Klumpenrisiko Banken» wegkommen möchten, ist dies eine einmalige Gelegenheit. Beim ursprünglichen Antrag hätten wir für Netto-Null bis ins Jahr 2040 ungefähr 570 Millionen Franken pro Jahr ausgegeben. Dazu muss allerdings gesagt werden, das sind nur 90 Millionen Franken mehr, als wir heute schon für das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft ausgeben. Wir investieren also bereits – richtigerweise – viel Geld in den Klimaschutz. Wenn Ihr mit der Verschärfung der Klimaallianz sagt, es muss noch schneller gehen, kann man in der Grössenordnung rechnen, dass man das Geld, das man sonst in ungefähr 18 Jahren ausgegeben hätte, nun in etwa 13 Jahren ausgibt. Dann sind dies etwa 125 Millionen Franken mehr. Das hört sich nach viel an, aber in Relation zu den knapp 10 Milliarden Franken Budget der Stadt Zürich ist dieser Betrag ein Prozent. Angefügt werden muss, dass dies nicht nur die Massnahmen sind, die die Stadt Zürich für sich selbst einsetzt, sondern die gesamten Ausgaben. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel gewählt. Gleichzeitig ermöglicht uns dieser Weg voranzugehen, und eine Vorbildwirkung als Stadt zu entwickeln.

Walter Angst (AL): Ich bin froh, dass Marion Schmid (SP) die Diskussion etwas geöffnet hat. Ich finde, die Diskussion darf nicht beim Pürrierstab aufhören, der neu entwickelt werden soll, damit man ihn reparieren kann. Die Voten der Klimaallianz erschienen mir teilweise etwas stark als «Schulterklopfen». Die Klimajugend hat nicht nur kritisiert, dass wir statt dem Jahr 2030 das Jahr 2040 in die Gemeindeordnung schreiben, sondern vor allem, dass wir nicht die Gesamtemissionen anschauen, die wir produzieren. Der Bericht, der am Anfang der Auslegeordnung des Stadtrats stand, geht sehr viel weiter. Er beinhaltet überall die Gesamtemissionen. Ich will am Beispiel der Gebäude zeigen, dass wir vor viel grösseren Herausforderungen stehen, als wir



diskutiert haben. Wenn wir das Programm heute verabschieden und die Verwaltung weiss, was sie in den Bereichen Wärme und Mobilität in den nächsten 15 Jahren machen muss, ist dies ein wichtiger Punkt. Wenn man aber anschaut, was uns an zusätzlichen Massnahmen bevorsteht, merken wir, dass wir uns in einem grossen gesellschaftlichen Wandel befinden. Im Bereich Gebäude spricht man im Bericht von Quantis und INFRAS von einer hohen Belegungsdichte an Arbeitsplätzen und in den Wohnungen; man spricht davon, dass die Neubaurate massiv gesenkt und eine Reduktion der nicht energetischen Sanierungen durchgesetzt werden muss. Es wird ein Programm vorgeschlagen, das einen völligen Umbau der Bauwirtschaft bedeutet – einen der grossen finanziellen Treiber der Wertschöpfung dieser Stadt. In den letzten Wochen sind grosse Diskussionen entstanden; vom Chefredaktor der Zeitschrift «Hochparterre», der ein wunderbares Essay geschrieben hat und dafür plädiert weniger, anstatt immer mehr Beton zu verbauen; bis zu einem Text auf «tsri.ch», der uns und STR Andreas Hauri gefragt hat, ob es noch zeitgemäss sei, die drei Türme im Triemli abzubauen – die wir locker noch 40 Jahre nutzen könnten – und mit ihnen die graue Energie zu vernichten. Diese Beispiele zeigen, dass wir in ganz vielen Bereichen vor Entscheidungen stehen, die nicht die Verwaltung umsetzen muss, sondern wo wir in Eigenverantwortung Massnahmen ergreifen müssen, die mit der bisherigen Praxis brechen. Sonst hat die Klimajugend recht, wenn sie sagt, wir basteln uns ein angenehmes Päckchen und klopfen uns auf die Schulter. Die Arbeit beginnt erst, wenn die Verwaltung weiss, wie sie weiterarbeiten soll und wir aufgrund der aufgearbeiteten Unterlagen wissen, was wir in den nächsten 15 Jahren alles angehen müssen, um die Klimaziele zu erreichen.

Dr. Roland Hohmann (Grüne): *Der Klimawandel wird massive Auswirkungen auf die Schweiz haben. Die Temperaturen in der Schweiz sind seit dem Jahr 1860 um 2,1 Grad angestiegen. Viel beunruhigender scheint mir allerdings der Blick in die Zukunft: Wenn man die Klimaszenarien anschaut und wir auf den heutigen Emissionspfaden weitergehen, werden wir bis Mitte des 21. Jahrhunderts einen Anstieg der Temperaturen um weitere 2 bis 3,5 Grad haben. Dies hat Auswirkungen auf unser Land. Ich denke an den Alpenraum, in dem der Permafrost auftaut und die Gletscher schmelzen, was eine Zunahme von Bergstürzen und Hangrutschen zur Folge hat. Die Hitzebelastung in unseren Städten nimmt zu. Dies hat massive Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Schliesslich nimmt auch die Trockenheit zu, was eine Herausforderung für die Landwirtschaft darstellt. Das alles kostet viel Geld, niemand weiss dies besser als der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Bundesrat Ueli Maurer. Er hat am 30. November 2021 in der Debatte zum Voranschlag 2022 das Parlament zur Ausgabendisziplin ermahnt und dabei auf die Kosten, die die Auswirkungen des Klimawandels bewirken werden, verwiesen. Die Modellrechnungen über diese Kosten in der Schweiz gehen bis Mitte des 21. Jahrhunderts von einer jährlichen Zunahme in Milliardenhöhe aus. Für uns Grüne ist der Klimaschutz ein Imperativ. Aus diesem Grund unterstützen wir das Netto-Null-Ziel. Wir sind davon überzeugt, dass dies ein ambitioniertes Ziel ist. Es bleiben uns 18 Jahre für einen Umbau des städtischen Energiesystems. Wir sind aber überzeugt, dass dies ein realisierbares Ziel ist. Wer, wenn nicht die Stadt Zürich mit dem technologischen Know-how und ihren finanziellen Möglichkeiten, kann dieses Ziel erreichen? Es stimmt, der Umbau wird uns viel Geld*



kosten. Aber erstens sind diese Kosten viel kleiner als die Kosten der Schäden durch den Klimawandel und zweitens werden durch die Massnahmen Investitionen ausgelöst, wovon unser Gewerbe profitieren kann. Irgendwer muss die von Walter Anken (SVP) erwähnten 7000 Ölheizungen und 15 000 Gasheizungen ersetzen. Es stimmt auch, dass Zürich das Klimaproblem nicht allein lösen kann; vielmehr ist dies ein globales Problem, das von allen angegangen werden muss. Da spielt die Grösse einer Entität keine Rolle – ob China oder Liechtenstein, wir müssen alle dazu beitragen, das gilt auch für Zürich. Wir Grünen finden, dass das Netto-Null-Ziel für den parlamentarischen Betrieb gelten soll und in diesem Sinne unterstützen wir den Beschlussantrag GR Nr. 2021/456 der GLP. Wir weisen darauf hin, dass Ressourcen benötigt werden. Wir Grünen unterstützen das Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040. Ein Ziel festschreiben ist das eine, ein Ziel umzusetzen, das andere. In diesem Sinn kann ich STR Andreas Hauri beruhigen: Wir Grünen werden alles dafür tun, dass in diesem Rat die nötigen Massnahmen beschlossen werden, damit wir das Ziel erreichen werden.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es war sehr gut, wie Walter Anken (SVP) darauf hingewiesen hat, was das kostet: 570 Millionen Franken sind mehr als eine halbe Milliarde Franken jährlich wiederkehrend. Stellen Sie sich das einmal vor! Auf 20 Jahre hinaus sind dies fast 12 Milliarden Franken. Sie müssen sich diese Zahlen vor Augen halten! Nach seinem Votum ist sein Nachredner in einem aggressiven Anflug über ihn hergefallen. Das ist genau das Klima, das zur Klimavergiftung beiträgt und nicht zur Lösung des Problems. Es ist klar, für den Umweltschutz muss einiges mit gesundem Menschenverstand getan werden. Zürich leistet einen minimalen Beitrag. Das Netto-Null-Ziel von Zürich ist, wenn wir dies weltweit betrachten, ein de facto Null-Effekt-Ziel. Es bringt für die ganze Welt so gut wie nichts, das muss ebenfalls vor Augen geführt werden. Dr. Reto Knutti wurde mehrmals erwähnt, als wäre er der Papst in der Klimafrage. Er ist ein Schüler von Thomas Stocker, den ich gut genug kenne, da ich vor längerer Zeit mit dem Auto mit ihm nach Portugal und wieder zurückgefahren bin. Das sind Tatsachen. Das Problem ist, wenn wir dies wissenschaftlich angehen wollen, kann es eine gewisse Radikalisierung geben und andere Ziele können in den Klimaschutz geladen werden, die gar nichts damit zu tun haben. Nämlich dann, wenn immer mehr eingeschränkt werden muss. Das kann auch ein Nebenziel sein. Ich bin froh, dass Claudia Rabelbauer (EVP) darauf hingewiesen hat, was das für das Individuum bedeuten kann. Es kann bis zum Ruin führen, wenn wir das durchziehen, und dann sind wir bei einer Klimatyrannei angelangt. Vor allem bei denjenigen, die es sich nicht leisten können. Die Inflationierung der Begriffe zeigt die Radikalisierung: Klimakatastrophe, Notstand usw. Wir haben den Klimastreik in die Kommission eingeladen, ich habe mich gewundert weshalb. Alle haben sich mit dem «Handy» eingeloggt. Das ist typisch. Der ökologische Fussabdruck von Mobiltelefonen ist für die Klimastreikbewegung offensichtlich ein guter Fussabdruck, während die Idee des MIV ein schlechter ist. Warum ist das ein guter Fussabdruck mit den «Handys»? So kann zu Demonstrationen eingeladen und aufgerufen werden. Es wurde gesagt, dass Zürich ein Klimaleuchtturm sein soll. Das ist ein Leuchtturm mit einer ausgebrannten Birne. Warum? Weil uns eines Tages der Strom fehlt, um all das so zu bewirtschaften. China steht abseits, sie haben gesagt Klima Netto-Null bis ins Jahr 2060, vielleicht bis ins Jahr 2070, man weiss es nicht. Die Tatsache ist: Wenn wir uns im Westen bemühen, ruinieren wir unsere*



Wirtschaft, während China davon profitiert und dann können wir schauen, wo wir landen.

Samuel Balsiger (SVP): Als Sie von der linken Seite sprachen, klang dies pathetisch und heroisch. Sie werden die Welt retten und das Weltklima in der Stadt Zürich beeinflussen. Man hat sich fast schon erhaben gefühlt und gedacht, wir seien das Zentrum der Welt und wir könnten alles aus diesem kleinen Städtchen Zürich heraus regeln und verbessern. Sie haben immer wieder auf das Pariser Klimaabkommen Bezug genommen, das China als grösster CO₂-Drecksschleuder zusichert, dass sie bis ins Jahr 2030 weiter mit den CO₂-Ausgaben wachsen dürfen und erst dann beginnen müssen, ihren CO₂-Ausstoss langsam zu reduzieren. Sie glauben gleichzeitig, dass wir in der Stadt Zürich einen Einfluss aufs Weltklima haben. Weil die Wirtschaftsleistung Chinas nicht mehr so ist, wie früher, werden die Emissionen dort sowieso zurück gehen. Das ganze Regelwerk des Pariser Klimaabkommens ist kontraproduktiv und hat null Bedeutung. Eine Sprecherin der Grünen sagte, dass jedes kleine Puzzleteil einen wichtigen Teil bieten kann, um die Klimakatastrophe zu beheben. Die Computer, die Sie im Saal benutzen, werden mehrheitlich in China produziert. Der Transport mit dem Schiff übers Meer widerspricht all dem, was Sie von den Leuten ausserhalb fordern. Es gibt Computer von Fujitsu, dem letzten Anbieter, der noch in Deutschland produziert, weshalb sie sehr viel Geld kosten. Wenn Sie wirklich glauben würden, was Sie den Leuten erzählen, hätten Sie keinen von Apple in China produzierten Laptop gekauft, sondern einen, der in Deutschland von der Firma Fujitsu produziert wird. Dieser kostet sehr viel Geld, aber das Geld ist bei Ihnen schliesslich vorhanden und es muss ein Beitrag geleistet werden. Jedes kleine Puzzleteil ist wichtig. Aber Sie sehen, sobald es um Ihren eigenen Vorteil geht, sobald Sie nicht das Geld der anderen vernichten, sobald Sie 500 Franken mehr bezahlen müssen, um die Klimakatastrophe abzuwenden, sind Sie nicht mehr bereit, zu verzichten und dann ist der Fussabdruck bereits nicht mehr so wichtig. Es ist Marketing und Kampagnen, es ist alles erstunken und erlogen. Es ist Beeinflussung der Menschen und es geht um die Wahlen und darum, dass Sie ein Thema haben, das Sie bewirtschaften können. Jedes Jahr werden Sie ein riesiges Theater machen können, weshalb die Berichte nicht richtig sind, und Sie werden miteinander streiten, wie man das besser machen könnte, obwohl es global null Bedeutung hat. Es hat aber einen Einfluss von 12 Milliarden «Steuerfranken». Das ist Geld, das Sie anderen Menschen wegnehmen wollen, aber selbst sind Sie nicht bereit einige 100 Franken mehr für einen in Deutschland produzierten Computer zu zahlen. Es ist beschämend, wie wenig Stringenz Sie haben und wie schnell ihre Ideologie als Lüge entlarvt wird. Es geht Ihnen um Marketing und nicht um die Sache, sonst hätten Sie einen anderen Computer gekauft.

Simone Brander (SP): Mit dem heutigen Entscheid des Gemeinderats verschärfen wir das stadträtliche Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040 deutlich. Bereits im Jahr 2035 sollen die Massnahmen umgesetzt sein, die im Einflussbereich der Stadt Zürich liegen. Durch den Volksentscheid über den Verkehrsrichtplan haben wir das Ziel Netto-Null bis ins Jahr 2030 für den Verkehrsbereich bereits beschlossen. Ein Klimaschutzziel soll nicht primär gut aussehen, sondern real umsetzbar sein. Das war schon im Jahr 2019 die Meinung der Klimaallianz, als wir uns dagegen entschieden hatten, nur deklamatorisch



einen Notstand auszurufen. Wir haben ein konkretes Ziel für die Verfassung der Stadt Zürich gefordert und einen Massnahmenplan verlangt, der konkret aufzeigt, wie man das gewählte Ziel erreichen kann. Nach dieser Maxime handeln wir auch heute und setzen uns ein sehr ambitioniertes, aber realistisches Ziel. Damit dem Klimaschutz und damit der Zukunft von uns allen gedient ist, braucht es entschiedenes und konsequentes Handeln von der Politik, der Wirtschaft und den Privaten. Es geht darum, dass man so schnell wie möglich konkrete Massnahmen auf den Boden, auf die Dächer, in die Heizungskeller und auf den Teller bringt. Wir müssen vorwärts machen. Ich bin froh, gibt es heute keinen Schönheitswettbewerb um die tiefste Jahreszahl, sondern dass wir als Klimaallianz geeint hier stehen. Dies ist zentral. Beim Klimaschutz wird ein gemeinsames, entschiedenes Handeln von allen fortschrittlichen Kräften benötigt. Das Ziel, das wir heute beschreiben, bringt einen gewaltigen Umbau unserer Stadt mit sich und bedeutet, dass wir liebgegewonnene Gewohnheiten hinterfragen und ändern müssen. Wir müssen auch verzichten, sonst kommen wir nicht zum Ziel. Ich wünsche uns allen viel Mut und Entschlossenheit auf diesem Weg, der vor uns liegt, aber auch viel Freude und Offenheit, neue Sachen auszuprobieren, so dass wir gemeinsam die Transformation hin zu Netto-Null auf solidarische und sozialverträgliche Art und Weise schaffen.

Andreas Egli (FDP): Es ist bemerkenswert, dass Links-Grün zur FDP aufgeschlossen hat und in einem «Kompromiss» genannten Anflug von Realitätssinn erkannt hat, dass Netto-Null bis ins Jahr 2040 das Datum ist, das Sinn ergibt. Als ich gestern Nachmittag nach der Pressekonferenz der Stadt zu Tempo 30 in mein Büro spazierte, wurde ich von einem Automobilisten überholt. Das war ein älterer Herr, der offensichtlich verwirrt war. Er hatte ein Ziel, wusste aber nicht wirklich, wohin er möchte. Er ist dann langsam, quasi linear, gefahren und hat den Bus und alle anderen hinter sich aufgehalten. Wir von der FDP hätten gesagt, er solle sich Zeit nehmen, kurz rausfahren und sich orientieren. Wenn Sie wissen, wohin es geht, können Sie weiterfahren. Genau dies wäre der Modus, den wir dem Stadtrat empfehlen würden. Der Stadtrat soll nicht in einen Dauerberichtsmodus verfallen, auch wir im Gemeinderat sollen dies nicht. Wir sollen dort den Hebel anlegen, wo es wirklich etwas bringt. Sie und ich wissen, wie lange es dauert, bis eine notwendige Massnahme beraten ist und man weiss, ob sie Hand und Fuss hat – oder ob es ein Schnellschuss ist, der das Ziel bei weitem nicht erreicht. Wir wünschen uns gute Berichte und dafür würden wir dem Stadtrat gerne das eine oder andere Mal zwei Jahre geben. Heute haben wir Fristerstreckungen auf der Traktandenliste für etwas, das wir eigentlich schnell erledigen könnten. Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, dass die Lösung der FDP zu Netto-Null bis ins Jahr 2040 eine gute wäre. Wahrscheinlich werden Sie eine andere Lösung wählen, die Sie dann als Klimakompromiss verkaufen und mit einem jährlichen Bericht besänftigen Sie die Klimajugend.

Markus Kunz (Grüne): Mir ist ein Teil des bisherigen Debattenverlaufs auch medial etwas unverständlich. Wir sind uns eigentlich einig und haben ein gemeinsames Verständnis, was in dieser Situation richtig ist: der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft, so gründlich und so schnell wie möglich. In diesem Sinn erscheint die Jahreszahl etwas weniger wichtig und man kann mühelos alle Jahreszahlen, die herumgeboten werden



– angefangen beim Jahr 2025, das wissenschaftlich nötig wäre, über die Jahre 2030, 2040, 2050 und 2060 – herleiten. Das alles ändert nichts am Ziel: der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft. So schnell und so gründlich wie möglich. Ich nenne dies «system change». Wir Grünen stehen zum Ziel bis ins Jahr 2040. Vor allem damit wir einen entsprechenden Verfassungsartikel erhalten und damit es endlich vorwärts gehen kann, nicht weil wir kompromissfreudig sind. Sie werden es erleben, dass in wenigen Jahren kein einziger Installateur mehr bereit sein wird, Ihnen einen Ölbrenner zu reparieren, weil es nichts mehr bringt. Mit dem Ziel bis ins Jahr 2040 setzt sich die grösste Stadt der Schweiz ein mächtiges Zeichen, nämlich, dass Schluss ist mit der fossilen Wirtschaft. Darauf dürfen alle reagieren, wie sie wollen. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Natürlich bräuchte es ein ambitionierteres Vorgehen, wenn wir den Klimawandel wirklich verhindern wollen. Bis ins Jahr 2040 ist es machbar, aber die Pandemie hat uns gezeigt, dass das, was machbar ist, sehr schnell ändern kann. Der Unterschied liegt darin, dass alle Menschen Angst vor der Pandemie haben, auch weil viele Menschen bei uns sterben. Vor dem Klimawandel haben wir nicht so Angst, weil Menschen weit weg sterben. Wir Grünen bedauern, dass der Stadtrat nicht bereit war, mehr «out of the box» zu denken. Es bräuchte etwas Mut, der eigenen Verwaltung, aber auch der Bevölkerung gegenüber. Ich vermisse eine Gestalt, die hinsteht und sagt: «Wir schaffen das.» Eine Figur, die Mut macht und Führungswillen und Bereitschaft zeigt. Es wäre zu schaffen, wenn wir das Klimaproblem priorisieren und uns so benehmen würden, wie wenn das Haus brennt – denn es brennt in der Tat. Wer dies utopisch findet, hat nicht gut aufgepasst. Ein Automobil mit Benzinmotor hat sich innert zehn Jahren durchgesetzt, das Smartphone in einer ähnlich kurzen Zeit und beide Technologien haben unser Leben total verändert. Deswegen verstehe ich den Unwillen der Klimajugend. Die Unmöglichkeit ist nur vorgeschoben. Wir sind nicht bereit, die Komfortzone zu verlassen. Bio- statt Erdgas, Elektro- statt Benzinauto – das ist nicht die Lösung. Es braucht mehr Fantasie, mehr Innovation und mehr Mut. Aus welchen Motiven wir handeln, ist egal, wir müssen handeln. Nicht handeln wird uns mehr kosten. Die Vermeidungs-, Anpassungs- und Reparaturkosten, die wir heute haben, werden um ein Vielfaches grösser sein als die Millionen Franken für den Wandel. Einige Millionen Franken, die gut investiert sind. Die grösste Schweizer Stadt beschliesst heute den Anfang des Endes der fossilen Wirtschaft bei uns. Wir beschliessen eine Verfassungsgrundlage, die es uns – falls die Stimmbevölkerung zustimmt – erlaubt, uns auf den Weg zu machen. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt und den machen wir jetzt.

Nicolas Cavalli (GLP): Die Stadt Zürich solle im weltweiten Vergleich null Einfluss haben. Vor einigen Wochen hatten wir die Klimakonferenz in Washington und dort wurde gesagt, dass zwar die grossen Leitlinien supranational stattfinden, die Nationen, Kantone, Provinzen und schliesslich auch Kommunen aber verantwortlich für die Umsetzung seien. Deshalb muss es unser Ziel sein, dass jede Person die direkten Emissionen kompensiert. Denken Sie daran, dass die direkten Emissionen indirekte Emissionen von jemand anderem sind. Wenn wir alle direkten Emissionen kompensiert haben, sind alle Emissionen kompensiert. Das muss unser Ziel sein, deshalb ist es wichtig, dass wir in Zürich voran gehen. Ich möchte auf unseren Vorstoss GR Nr. 2021/496 zu den negativen Emissionstechnologien hinweisen: Ich habe die



22 / 26

Voten der SVP so verstanden, dass sie an innovativen Technologien interessiert sind. Wir von der GLP sind gleicher Meinung, dies ist ein Teil der Bekämpfung. Ich freue mich auf die Unterstützung, wenn der Vorstoss traktandiert wird.

Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A1:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird wie folgt geändert:

[...]

Art. 152 GO ~~Reduktion der~~ Treibhausgase a. Reduktionsziele

¹ Für die direkten Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet setzt sich die Stadt das Ziel netto null bis zum Jahr 2040.

² Für die indirekten Treibhausgasemissionen pro Einwohnerin und Einwohner strebt die Stadt bis ins Jahr 2040 eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber 1990 an.

³ Die Stadt setzt sich das Ziel, sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich bis 2035 umzusetzen, ausgenommen ist der Bereich der Wärmeversorgung.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Julia Hofstetter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Simone Brander (SP) i. V. von Sofia Karakostas (SP), Nicolas Cavalli (GLP), Joe A. Manser (SP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Dr. Frank Rühli (FDP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsanträge 2–3 zu Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt zu Dispositivpunkt A1 folgenden neuen Art. 152a GO:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird wie folgt geändert:

[...]



Art.152a GO Treibhausgase b. Absenklplan und Berichterstattung

¹ Die Stadt legt für die Ziele gemäss Art.152 GO einen Absenklplan mit einem mindestens linearen Absenktempo fest.

² Sie trifft die für die Einhaltung des Absenklplans erforderlichen Massnahmen.

³ Sie veröffentlicht jährlich einen Zwischenbericht. Dieser legt, falls der Absenklplan nicht eingehalten wird, Massnahmen dar, die eine Rückkehr auf den Absenklpfad ermöglichen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt zu Dispositivpunkt A1 folgenden neuen Art. 152 Abs. 4 GO (Die Nummerierung der Absatzziffern wird gemäss Ratsbeschluss zu Änderungsantrag 1 angepasst):

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird wie folgt geändert:

[...]

⁴ Der Stadtrat legt über die ganze Zeitspanne jeweils Zweijahres-Zwischenziele fest und erstattet Bericht über die Zielerreichung.

Mehrheit: Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Referent; Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Simone Brander (SP) i. V. von Sofia Karakostas (SP), Nicolas Cavalli (GLP), Julia Hofstetter (Grüne), Joe A. Manser (SP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Natascha Wey (SP)
Minderheit: Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Walter Anken (SVP), Rolf Müller (SVP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Dr. Frank Rühli (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	78 Stimmen
Antrag Minderheit	<u>37 Stimmen</u>
Total	115 Stimmen
= absolutes Mehr	58 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt B5

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts B5:



24 / 26

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

[...]

5. Die durch den Stadtrat festgelegten ~~verschärften~~ Klimaschutzziele für die Stadtverwaltung und die Zwischenziele werden zur Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Julia Hofstetter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Simone Brander (SP) i. V. von Sofia Karakostas (SP), Nicolas Cavalli (GLP), Joe A. Manser (SP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Dr. Frank Rühli (FDP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)
Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt B5

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts B5:

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

[...]

5. Die durch den Stadtrat festgelegten verschärften Klimaschutzziele für die Stadtverwaltung und die Zwischenziele werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Simone Brander (SP) i. V. von Sofia Karakostas (SP), Nicolas Cavalli (GLP), Julia Hofstetter (Grüne), Joe A. Manser (SP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Dr. Frank Rühli (FDP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)
Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.



25 / 26

Damit ist beschlossen:

Die geänderten Artikel der Gemeindeordnung sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Art. 10 GO Natürliche Lebensgrundlagen

Abs. 1 unverändert

Abs. 2 unverändert

³ Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit insbesondere für die Erreichung der folgenden Ziele ein:

lit. a unverändert

lit. b eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null;

lit. c–d unverändert

Abs. 4 unverändert

Art. 152 GO Treibhausgase a. Reduktionsziele

¹ Für die direkten Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet setzt sich die Stadt das Ziel netto null bis zum Jahr 2040.

² Für die indirekten Treibhausgasemissionen pro Einwohnerin und Einwohner strebt die Stadt bis ins Jahr 2040 eine Reduktion von 30 Prozent gegenüber 1990 an.

³ Die Stadt setzt sich das Ziel, sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich bis 2035 umzusetzen, ausgenommen ist der Bereich der Wärmeversorgung.

Art. 152a GO Treibhausgase b. Absenkplan und Berichterstattung

¹ Die Stadt legt für die Ziele gemäss Art. 152 GO einen Absenkplan mit einem mindestens linearen Absenktempo fest.

² Sie trifft die für die Einhaltung des Absenkplans erforderlichen Massnahmen.

³ Sie veröffentlicht jährlich einen Zwischenbericht. Dieser legt, falls der Absenkplan nicht eingehalten wird, Massnahmen dar, die eine Rückkehr auf den Absenkpfad ermöglichen.

Mitteilung an den Stadtrat

4770. 2021/456

Beschlussantrag der GLP-Fraktion vom 24.11.2021:

Ausrichtung des gesamten Parlamentsbetriebs des Gemeinderats Zürich auf das Ziel Netto-Null in der Legislatur 2026–2030

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/177, Beschluss-Nr. 4763/2021

Martina Novak (GLP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 4646/2021).

Walter Anken (SVP) stellt den Ablehnungsantrag.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 80 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



26 / 26

Weiterbehandlung durch das Büro im Sinne von Art. 99 Abs. 3 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

2021/456

Ausrichtung des gesamten Parlamentsbetriebs des Gemeinderats Zürich auf das Ziel Netto-Null in der Legislatur 2026–2030

Der Gemeinderat beschliesst, den gesamten Parlamentsbetrieb des Gemeinderats der Stadt Zürich in der Legislatur 2026-2030 auf das Ziel Netto-Null Treibhausgasemissionen auszurichten um Erfahrungen zu sammeln, wie der Parlamentsbetrieb ab spätestens 2035 zu 100% CO₂-neutral funktionieren kann.

Mitteilung an Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat